



# HESSISCHER LANDTAG

07. 05. 2019

## Große Anfrage

**Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion**

### Altersarmut in Hessen

Drohende und erlebte Armut im Alter sind auch in Hessen ein Thema, welches zunehmend viele Menschen betrifft und bewegt. Neben den auffälligsten und leider inzwischen alltäglichen Bildern von Flaschen sammelnden Menschen im Rentenalter gehen Untersuchungen von einer hohen und anwachsenden Zahl von Fällen verdeckter Altersarmut aus. Frauen sind in besonderer Weise und Häufigkeit von Altersarmut betroffen und bedroht, was u.a. durch diskontinuierliche Erwerbsbiografien, den hohen Grad atypischer Beschäftigung und der überwiegend von Frauen unentgeltlich geleisteten familiären Sorgearbeit begründet ist. Aber auch anderen Bevölkerungsgruppen, etwa Migrantinnen und Migranten, droht häufiger Altersarmut, da sie beispielsweise in schlecht vergüteten Wirtschaftsbereichen überproportional tätig sind. Zunehmend sind auch kleine Selbstständige, die nicht ausreichend in die Altersvorsorge investieren konnten, betroffen.

Dabei bestimmt nicht das Alterssicherungsniveau allein, sondern auch das vorhandene Angebot an Leistungen der Daseinsvorsorge des Landes und in den hessischen Kommunen über den wirksamen Grad der Teilhabe von älteren Menschen, insbesondere wenn sie nur geringe finanzielle Spielräume besitzen. Der Zugang zu Mobilität, kostengünstigem und barrierefreiem Wohnraum, medizinischer Versorgung sowie Anlauf- und Beratungsstellen sind zentrale Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe Älterer.

Wir fragen die Landesregierung:

#### I. Generelle Aspekte

1. Wie definiert die Landesregierung Altersarmut und wie viele Menschen in Hessen sind davon betroffen?
2. Wie verteilen sich Menschen in Altersarmut auf die hessischen Kreise und kreisfreien Städte?
3. Wie hat sich die Zahl der Menschen in Altersarmut seit 1990 entwickelt? (Bitte in Fünfjahresschritten ausweisen)
4. Betrachtet die Landesregierung Altersarmut als ein relevantes Thema in Hessen?
5. Erwartet die Landesregierung in den kommenden Jahren eine Zu- oder Abnahme von Altersarmut in Hessen?
6. Welche wesentlichen Risiken und Ursachen sieht die Landesregierung für Altersarmut?
7. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkung folgender politischer Entscheidungen auf die Entwicklung von Altersarmut in Hessen:
  - a) Die allmähliche Absenkung des Rentensicherungsniveaus?
  - b) Die Förderung privater Altersvorsorgeformen („Riester“-Rente)?
  - c) Die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, insbesondere für Berufsgruppen mit schwerer körperlicher Arbeit, die bei früherem Renteneintritt höhere Abschlüsse zu befürchten haben?
  - d) Die teils drastischen Abschlüsse bei Bezieherinnen und Beziehern von Erwerbsunfähigkeitsrenten?
  - e) Die Deregulierung des Arbeitsmarktes, insbesondere bezüglich Leiharbeit, Kündigungsschutz, Mini-/Midijobs?
  - f) Die Streichung der Einzahlung in die Rentenversicherung bei Langzeitarbeitslosen?
  - g) Die Vorschriften zur „Zwangsverrentung“ nach § 12a Satz 2 Nr. 1 SGB II?
  - h) Die nach wie vor ungleiche Anrechnung von Kindererziehungszeiten von vor und nach dem 01.01.1992 geborenen Kindern?

8. Welche Auswirkungen von Altersarmut sieht die Landesregierung in Bezug auf die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe?
9. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in der Vergangenheit ergriffen, um Altersarmut in Hessen zu begegnen?
10. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in der Vergangenheit ergriffen, um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen in Altersarmut zu sichern?
11. Welche weiteren Vorhaben plant die Landesregierung in der 20. Wahlperiode des Hessischen Landtags zu ergreifen, um Altersarmut zu begegnen?
12. Welche weiteren Vorhaben plant die Landesregierung in der 20. Wahlperiode des Hessischen Landtags zu ergreifen, um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen in Altersarmut zu sichern?
13. Wie viele Menschen über 65 Jahre in Hessen sind überschuldet?  
Wie hat sich diese Zahl seit 2010 entwickelt? (Bitte nach Jahren aufschlüsseln)
14. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu verdeckter Altersarmut in Hessen vor?

## **II. Statistische Daten zum Rentenbezug**

15. Wie hat sich das tatsächliche Renteneintrittsalter in Hessen seit dem Jahr 2010 entwickelt? (Bitte getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
16. Wie haben sich die durchschnittlichen Zahlbeträge der Altersrenten (Rente wegen Alters) und die absolute Zahl der Beziehenden in Hessen seit dem Jahr 2010 entwickelt? (Bitte getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
17. Wie haben sich die durchschnittlichen Zahlbeträge der Erwerbsminderungsrenten und die absolute Zahl der Beziehenden in Hessen seit dem Jahr 2010 entwickelt? (Bitte getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
18. Wie haben sich die absolute Zahl sowie Quote der Beziehenden von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Hessen seit dem Jahr 2010 entwickelt? (Bitte getrennt nach Alterskohorten (in Fünfjahresschritten), Geschlechtern und Kreisen bzw. kreisfreien Städten ausweisen)
19. Wie hoch ist aktuell die absolute Zahl und anteilige Quote bei Neurentnerinnen und Neurentnern in Hessen, deren Zahlbetrag aus der gesetzlichen Rentenversicherung unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze nach den Kriterien der Europäischen Union (60 % vom Median des Netto-Äquivalenzeinkommens) liegt, und wie hat sich dies seit dem Jahr 2010 entwickelt? (Bitte getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
20. Wie hat sich die Armutsgefährdungsquote in der Altersgruppe über 65 Jahre seit dem Jahr 2010 in Hessen entwickelt? (Bitte getrennt nach Geschlechtern, Kreisen und kreisfreien Städten und auch in absoluten Zahlen ausweisen)
21. Wie stellt sich die Situation gemäß der Fragen 15 bis 20 für Menschen mit Migrationshintergrund sowie ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit dauerhaftem Aufenthalt im Land Hessen dar? (Bitte ebenfalls getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
22. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Nichtinanspruchnahme der Grundsicherung im Alter trotz des Vorhandenseins der rechtlichen Voraussetzungen in Hessen vor?
23. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über abgeschlossene Riester-Verträge in Hessen und deren durchschnittliches Sicherungsniveau sowie diesbezüglich gezahlte staatliche Zuschüsse?
24. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über Formen betrieblicher Altersversorgung in Hessen und deren durchschnittliches Sicherungsniveau?
25. Wie stellen sich die vorgenannten Aspekte der Fragen 15 bis 24 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt dar?

### III. Statistische Daten zur Erwerbstätigkeit

26. Wie viele Menschen in Hessen sind  
a) sozialversicherungspflichtig beschäftigt,  
b) geringfügig beschäftigt,  
c) selbstständig,  
d) erwerbslos,  
e) langzeiterwerbslos?  
(Bitte jeweils getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
27. Wie viele Menschen über 60 Jahre in Hessen sind  
f) sozialversicherungspflichtig beschäftigt,  
g) geringfügig beschäftigt,  
h) selbstständig,  
i) erwerbslos,  
j) langzeiterwerbslos?  
(Bitte jeweils getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
28. Wie viele Menschen über 65 Jahre in Hessen sind  
k) sozialversicherungspflichtig beschäftigt,  
l) geringfügig beschäftigt,  
m) selbstständig?  
(Bitte jeweils getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
29. Wie viele Menschen über 70 Jahre in Hessen sind  
n) sozialversicherungspflichtig beschäftigt,  
o) geringfügig beschäftigt,  
p) selbstständig?  
(Bitte jeweils getrennt nach Geschlechtern ausweisen)
30. Wie haben sich diese Beschäftigungsdaten (Frage 26 bis 29) seit 1990 in Hessen entwickelt?  
Wie beurteilt die Landesregierung diese Entwicklung?
31. Welchen Zusammenhang sieht die Landesregierung zwischen Altersarmut und Erwerbstätigkeit/Selbstständigkeit nach dem Erreichen des Renteneintrittsalters?
32. Wie ist die Aussage des aktuellen Koalitionsvertrages zu verstehen, dass die Zuverdienstmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren flexibilisiert werden sollen?

### IV. Auswirkungen von Altersarmut auf politische Partizipationsmöglichkeiten

33. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung der Partizipation Älterer und der Wahrnehmung ihrer Interessen bei?
34. Welche Möglichkeiten der politischen Partizipation richten sich in Hessen auf kommunaler und Landesebene speziell an Seniorinnen und Senioren?
35. Welche Empfehlung gibt das Land Hessen den Kommunen zur Einrichtung von Seniorenvertretungen?
36. Wie unterstützt das Land Hessen kommunale Formen der Seniorenvertretung?
37. Wie unterstützt das Land Hessen Landesgremien der Seniorenvertretung?
38. Plant die Landesregierung eine weitere Stärkung der politischen Partizipationsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren auf kommunaler und Landesebene in Hessen?  
Wenn ja, welche?  
Wenn nein, warum nicht?
39. Welchen Zusammenhang sieht die Landesregierung zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation?  
Wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang Altersarmut als mögliche Einschränkung demokratischer Teilhabe?

40. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die politische Partizipation von Älteren sowohl in Beiräten als auch bei Wahlen zu verbessern?  
Plant sie, dabei auch soziale Ursachen in den Blick zu nehmen?

#### **V. Auswirkungen von Altersarmut auf die gesellschaftliche Teilhabe**

41. Welche Bereiche zählt die Landesregierung als elementare Bestandteile zur gesellschaftlichen Teilhabe?
42. Wie wirken sich Armut und speziell Altersarmut aus Sicht der Landesregierung auf die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe aus?
43. Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkungen von Mehrfachdiskriminierungen und (Alters-)Armut auf die gesellschaftliche Teilhabe?
44. Welche Maßnahmen haben die Landesregierung und die hessischen Kommunen in der Vergangenheit ergriffen, um Menschen, die von Altersarmut betroffen sind, die möglichst vollständige gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen?
45. Wie beurteilt die Landesregierung den Erfolg dieser Maßnahmen?
46. Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung zu initiieren, um die gesellschaftliche Teilhabe der von Altersarmut Betroffenen zu verbessern?
47. Richten sich bewilligte Projekte im Rahmen der seit 2015 in Hessen geförderten Gemeinwesenarbeit auch gezielt an Personen in Altersarmut?  
Wenn ja, wie soll diese Personengruppe erreicht werden?
48. In welchen Kommunen in Hessen gibt es Sozialpässe o.Ä., von denen auch ältere Menschen mit geringem Einkommen profitieren können?  
Auf welche Bereiche gesellschaftlicher Teilhabe erstrecken sich die darin zur Verfügung gestellten Angebote?
49. Im aktuellen Koalitionsvertrag wird die Einführung eines Hessenpasses, der „ermäßigten oder kostenlosen Eintritt für Menschen mit keinem oder geringem Einkommen zu öffentlichen Kultur- und Freizeitangeboten“ ermöglicht, angekündigt.
- a) Sollen von der Nutzung des Hessenpasses auch Betroffene von Altersarmut profitieren?
  - b) Wie soll der Hessenpass ausgestaltet werden?
  - c) Welche Kosten erwartet die Landesregierung für dieses Angebot?  
Wer soll die Kosten tragen?
  - d) Wann ist mit einer Einführung des Hessenpasses zu rechnen?

#### *Seniorenberatungsstellen*

50. Wie viele Seniorenberatungsstellen gibt es aktuell in Hessen? (Bitte nach Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)
51. Wer finanziert die jeweiligen Seniorenberatungsstellen und welche Förderung erfolgt durch das Land Hessen?
52. Wie viele Personen haben in den vergangenen fünf Jahren die Angebote der Seniorenberatungsstellen wahrgenommen? (Bitte nach Jahren und Kommunen aufschlüsseln)
53. Hält die Landesregierung die Anzahl der Seniorenberatungsstellen in Hessen für ausreichend?  
Wenn nein, wie plant sie dieses Angebot zu erweitern?  
Welche Unterstützung der Kommunen ist diesbezüglich geplant?
54. Welche der Seniorenberatungsstellen verfügen über Angebote der aufsuchenden Beratung?
55. Ist nach Auffassung der Landesregierung der Zugang auch von Altersarmut betroffener Personen zu den Angeboten der Seniorenberatung garantiert, insbesondere unter Berücksichtigung eingeschränkter Mobilität?
56. Gibt es im Rahmen der Seniorenberatungsstellen spezielle Unterstützungs- und Hilfsangebote für Menschen in Altersarmut?

*Seniorentreffs*

57. Wie beurteilt die Landesregierung das Angebot von nicht kommerziellen Begegnungsstätten für Ältere (Seniorentreffs u.Ä.) in Hessen?
58. Welche Kommunen in Hessen
  - a) verfügen über kommunale Einrichtungen in diesem Bereich,
  - b) pflegen Kooperationen mit Trägern für diesen Bereich,
  - c) stellen Räumlichkeiten (unentgeltlich) für solche nicht kommerziellen Begegnungsangebote zur Verfügung,
  - d) stellen Räumlichkeiten (unentgeltlich) für Selbsthilfegruppen Älterer zur Verfügung?
59. Welche hessischen Kommunen verfügen über kein entsprechendes Angebot sozialer Einrichtungen für ältere Menschen?  
Wie beurteilt die Landesregierung dies?
60. Wie werden solche sozialen Zentren für Ältere durch das Land Hessen gefördert?
61. Wie viele soziale Angebote in Hessen verfolgen einen generationenübergreifenden Ansatz?  
Wie unterstützt die Landesregierung solche Projekte?  
Plant sie einen Ausbau solcher Ansätze zu fördern?

*Pflege und Gesundheit*

62. Wie viele Anträge auf Unterstützung nach SGB XII wurden in Hessen von Menschen in stationären Einrichtungen seit 2010 gestellt? (Bitte nach Jahresscheiben und Geschlecht ausweisen)
63. Wie hoch ist aktuell der Barbetrag nach SGB XII in der stationären Pflege?  
Wie hat sich dieser seit 2010 entwickelt?
64. Wie viele Pflegestützpunkte gibt es aktuell in Hessen?
65. Wie viele Personen haben in den vergangenen fünf Jahren die Angebote der Pflegestützpunkte wahrgenommen? (Bitte nach Jahren und Kommunen aufschlüsseln)
66. Hält die Landesregierung die Anzahl der Pflegestützpunkte in Hessen für ausreichend?  
Wenn nein, wie plant sie dieses Angebot zu erweitern?
67. Ist nach Auffassung der Landesregierung der Zugang auch von Altersarmut betroffener Personen zu den Angeboten der Pflegestützpunkte garantiert, insbesondere unter Berücksichtigung eingeschränkter Mobilität?
68. Welche Auswirkungen hat nach Kenntnis der Landesregierung Altersarmut auf die gesundheitliche Situation der betroffenen Personen?
69. Wie beurteilt die Landesregierung die Verfügbarkeit von gesundheitsfördernden Angeboten und ärztlicher Versorgung für Menschen in Altersarmut?
70. Besteht nach Auffassung der Landesregierung die Möglichkeit, dass von Altersarmut betroffene Menschen Abstriche in der gesundheitlichen Versorgung hinnehmen müssen, da beispielsweise Zuzahlungen zu Medikamenten und Heilmitteln oder Eigenanteile im Bereich der Pflege von ihnen nicht geleistet werden können?  
Liegen der Landesregierung hierzu Erkenntnisse vor?
71. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation von privatversicherten Menschen mit geringem Alterseinkommen in Hessen?
72. Hält sie angesichts der oft hohen finanziellen Belastung für diese Personen einen erleichterten Übergang in die gesetzliche Krankenversicherung für zielführend?  
Wenn ja, plant die Landesregierung, diesbezüglich im Bundesrat aktiv zu werden?
73. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu Menschen über 65 Jahren, die nicht krankenversichert sind, vor?  
Ist der Landesregierung bekannt, dass dies nach Berichten aus Krankenhäusern insbesondere ältere, verwitwete Frauen trifft?

*Ehrenamt*

74. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung dem ehrenamtlichen Engagement von Seniorinnen und Senioren bei?
75. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Auswirkungen von Altersarmut auf ehrenamtliches Engagement von Betroffenen?
76. Wie beabsichtigt die Landesregierung die im Koalitionsvertrag angekündigte besondere Förderung von Seniorinnen und Senioren im Ehrenamt umzusetzen?
77. Welchen Stellenwert misst die Landesregierung dem ehrenamtlichen Engagement für Seniorinnen und Senioren bei?
78. Wie beurteilt die Landesregierung den Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren durch das Engagement von
  - a) Sozialverbänden,
  - b) Religionsgemeinschaften,
  - c) Fraueninitiativen,
  - d) Selbsthilfegruppen,
  - e) Selbstorganisationen, insbesondere von Migrantinnen- und Migranten?

*Ernährungssicherung*

79. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu mangelhafter Ernährung aufgrund von Altersarmut vor?
80. Welche Rolle spielt aus Sicht der Landesregierung die Arbeit der Tafeln bei der Begrenzung der Auswirkungen von Altersarmut?
81. Wie hat sich die Zahl der Tafeln seit dem Jahr 2010 in Hessen entwickelt?
82. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Altersstruktur der Menschen vor, die die Angebote der Tafeln in Hessen in Anspruch nehmen?

*Selbsthilfe*

83. Wie beurteilt die Landesregierung das Wirken von Selbsthilfestrukturen im Seniorinnen- und Seniorenbereich?
84. Wie viele Seniorengenossenschaften gibt es aktuell in Hessen? (Bitte nach Kommunen aufschlüsseln)
85. Wie hat sich die Zahl der Seniorengenossenschaften seit 2010 in Hessen entwickelt?
86. Welchen Zweck verfolgen die einzelnen Seniorengenossenschaften?
87. Wie viele weitere Projekte der ehrenamtlichen Nachbarschafts- und Selbsthilfe, die sich mit ihren Angeboten speziell an Seniorinnen und Senioren richten, gibt es aktuell in Hessen und wie hat sich ihre Zahl in den vergangenen Jahren entwickelt?
88. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung von Seniorengenossenschaften und weiterer Projekte der Selbst- und Nachbarschaftshilfe mit dem Fokus auf die Bedürfnisse älterer Menschen in Hessen?
89. Sieht die Landesregierung diesbezüglich einen Zusammenhang zum Rückzug staatlich getragener bzw. finanzierter Einrichtungen und Projekte in Hessen für die genannte Zielgruppe?

**VI. Auswirkungen von Altersarmut auf die Mobilität**

90. Welchen Zusammenhang sieht die Landesregierung zwischen individueller Mobilität und Altersarmut in Hessen?
91. Führt nach Ansicht der Landesregierung Altersarmut in Hessen zu einer Einschränkung der individuellen Mobilität?
92. Welche sozialen Auswirkungen sieht die Landesregierung durch eine eingeschränkte Mobilität aufgrund von Altersarmut?

93. Kann nach Einschätzung der Landesregierung eingeschränkte Mobilität auch zu negativen gesundheitlichen Folgen, beispielsweise durch zunehmende soziale Isolation, führen?
94. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Verfügbarkeit eines Privat-Pkws bei Altersarmut im Vergleich zu finanziell bessergestellten Seniorinnen und Senioren?
95. Wie schätzt die Landesregierung die Bedeutung eines flächendeckenden, bezahlbaren Angebots im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Menschen, die von Altersarmut betroffen sind, ein?
96. Welche Auswirkungen hätte aus Sicht der Landesregierung ein unentgeltliches ÖPNV-Angebot auf Menschen, die von Altersarmut betroffen sind?
97. Verfügt Hessen nach Ansicht der Landesregierung über ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot unter Beachtung
- a) der fußläufigen Erreichbarkeit von Haltestellen, -punkten und Bahnhöfen,
  - b) der Barrierefreiheit,
  - c) der Taktung,
  - d) der Beförderungssicherung an Wochenenden, Feiertagen, in Schulferien und nachts?
98. Plant die Landesregierung, die Angebotsdichte im ÖPNV in Hessen zu erhöhen?  
Wenn ja, wie, wo und wann?
99. Im aktuellen Koalitionsvertrag wird die Entwicklung eines hessenweiten Seniorentickets angekündigt.
- a) Wer soll von diesem Angebot profitieren können?
  - b) Wie viel soll das Seniorenticket die Anspruchsberechtigten kosten?
  - c) Welche Kosten erwartet die Landesregierung für dieses Angebot?  
Wer soll die Kosten tragen?
  - d) Wann ist mit einer Einführung des Seniorentickets in Hessen zu rechnen?
100. Stellt nach Auffassung der Landesregierung die Einführung eines hessischen Seniorentickets die Mobilität älterer Menschen und vor allem auch von Menschen in Altersarmut sicher?  
Ist die Landesregierung der Meinung, dass das Seniorenticket für von Altersarmut Betroffene finanzierbar ist?
101. Welche Schritte zum Ausbau der Barrierefreiheit im ÖPNV plant die Landesregierung zukünftig zu unternehmen?

## VII. Altersarmut und Wohnen

102. Welchen Zusammenhang sieht die Landesregierung zwischen Armut im Alter und der Entwicklung von Miet- und Eigentumspreisen in Hessen?
103. Wie haben sich seit 1990 Bruttokaltmieten im Vergleich zum allgemeinen Rentenniveau in Hessen entwickelt? (Bitte in Fünf-Jahres-Schritten ausweisen)
104. Wie viele Menschen über 65 Jahren wohnen in Hessen
- a) zur Miete,
  - b) in selbstgenutztem Eigentum,
  - c) in stationären Einrichtungen?
- (Bitte nach Geschlechtern getrennt ausweisen)
105. Wie viele Menschen über 65 Jahren in Hessen, die zur Miete wohnen, leben in Wohnungen mit
- a) einem Zimmer,
  - b) zwei Zimmern,
  - c) drei Zimmern,
  - d) vier und mehr Zimmern?
- (Bitte nach Geschlechtern getrennt ausweisen)
106. Wie viele Menschen über 65 Jahren in Hessen, die in selbstgenutztem Eigentum wohnen, leben in Wohnungen mit
- a) einem Zimmer,
  - b) zwei Zimmern,

- c) drei Zimmern,
  - d) vier und mehr Zimmern oder
  - e) im eigenen Haus?
  - (Bitte nach Geschlechtern getrennt ausweisen)
107. Wie viele Menschen über 65 Jahren in Hessen leben in preisgebundenen Wohnungen?  
(Bitte nach Geschlechtern getrennt ausweisen)
108. Wie viele Menschen über 65 Jahren leben in Wohnungen, die direkt (Naussauische Heimstätte) oder indirekt (GWH) dem Einflussbereich des Landes unterliegen?  
Welchem Anteil an der Gesamtzahl der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gesellschaften entspricht dies? (Bitte nach Geschlechtern getrennt ausweisen)
109. Wie hoch ist der Median der Mietbelastungsquote (brutto kalt) von Menschen über 65 Jahren in Hessen?
110. Wie viele Menschen über 65 Jahren in Hessen erhalten Wohngeld?  
Wie hat sich diese Zahl seit 2010 entwickelt? (Bitte nach Jahren aufschlüsseln)
111. Wie hoch sind die Wohngeldzahlungen pro Haushalt bei Menschen über 65 Jahren in Hessen seit 2010? (Bitte nach Jahresschreiben und in 20-Euro-Schritten ausweisen)
112. Wie viele Menschen über 65 Jahren in Hessen haben nach Kenntnis der Landesregierung Mietschulden?  
Wie hat sich diese Zahl seit 2010 entwickelt? (Bitte nach Jahren und Geschlecht aufschlüsseln)
113. Wie viele Zwangsräumungen von Menschen über 65 Jahren gab es im vergangenen Jahr in Hessen?  
Wie hat sich diese Zahl seit 2010 entwickelt? (Bitte nach Jahren aufschlüsseln)
114. Wie viele Stromabsperrrungen bei Menschen über 65 Jahren gab es im vergangenen Jahr in Hessen?  
Wie hat sich diese Zahl seit 2010 entwickelt? (Bitte nach Jahren aufschlüsseln)
115. Wie viele Gasabsperrrungen bei Menschen über 65 Jahren gab es im vergangenen Jahr in Hessen?  
Wie hat sich diese Zahl seit 2010 entwickelt? (Bitte nach Jahren aufschlüsseln)
116. Wie viele Menschen über 65 Jahren haben im vergangenen Jahr in Hessen Beratung wegen drohender Wohnungslosigkeit erhalten?  
Wie hat sich diese Zahl seit 2010 entwickelt? (Bitte nach Jahren und Geschlecht aufschlüsseln)
117. Welchen Aufgaben widmet sich die Hessische Fachstelle für Wohnberatung?  
Inwieweit stellt Armut im Alter einen Beratungskontext dar?
118. Wie haben sich die Beratungsfälle der Hessischen Fachstelle für Wohnungsberatung bzw. der geschulten Wohnungsberaterinnen und -berater seit Bestehen entwickelt? (Bitte nach Jahresscheiben ausweisen)
119. Wie viele dieser Beratungsfälle konzentrieren sich auf Fragen, die mit Armut in Verbindung (bspw. Wohngeldansprüche, Mietschulden) stehen? (Bitte nach Jahresscheiben ausweisen)
120. Wie hat sich Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Menschen über 65 Jahren in den vergangenen Jahren in Hessen entwickelt?

Wiesbaden, 7. Mai 2019

**Christiane Böhm**

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Hermann Schaus**